

Vortrag IAKM Studienwoche 2024 Brixen/Südtirol

Dr. Corinna Hauswedell

Pazifismus in Zeiten des Krieges

Herzlichen Dank an die Veranstalter.

Es ist eine Ehre und Freude, in dieses wunderbare Umfeld, oder sollte ich sagen den Garten der Anstalt, eingeladen zu sein!

Wie man dem Programm entnehmen konnte, haben Sie versucht, dem Aufsatz, den ich vor anderthalb Jahren in den Blättern für deutsche und internationale Politik veröffentlicht habe¹ und der einige öffentliche Kreise zog, eine Dramatisierung hinzuzufügen: „Der Pazifismus ist tot“ – und einen hoffnungsvoll-mahnenden Dreh: „gebt ihm eine Chance!“

Mal sehen, was sich daraus machen lässt. Denn ehrlich gesagt, Ihr Untertitel zu meinem Vortrag stellt die berechtigte Frage, ob man nach dem 22. Februar 2022 und dem 7. Oktober 2023 noch Pazifist*in sein kann (wenn man es denn je war?!)

Zunächst eine Vorbemerkung:

Ursprünglich wollte ich meinen Vortrag mit dem Satz beginnen: Als Sie mich im vergangenen Jahr einluden, war ich noch Pazifistin...Der Krieg in der Ukraine hatte u.a. die Frage nach dem Recht auf Selbstverteidigung auch und gerade mit militärischen Mitteln aufgerufen; die israelische Kriegsführung in Gaza scheint diese Frage auf schrecklichste Weise zu beantworten und hat doch zugleich mit dem Grauen der inzwischen zehntausenden Getöteten so viel neue Verzweiflung, Zweifel und Fragen aufgeworfen...

¹ Corinna Hauswedell, Ausgemustert, aber unverzichtbar: Pazifismus in Zeiten des Krieges. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2023, S. 63-68

Wir merken mehr und mehr, um wie viel komplizierter die internationalen Konfliktkonstellationen seit dem Ende des Kalten Krieges geworden sind! Aber geht es in diesen verdammt deprimierenden Zeiten vor allem um eine gegenseitige Versicherung von Haltungen und moralischer Nachhaltigkeit? Oder geht es nicht auch wesentlich um eine möglichst nüchterne Analyse, wie denn den Krieg aufhaltende, friedensfördernde Impulse in ein Feld geführt werden können, in dem regional und geopolitisch militärisches Handeln (in neuer Weise) den Ton angibt. Im Zuge dessen können wir dann vielleicht auch verstehen, warum es der Pazifismus (wieder einmal) so schwer hat, und was das über unsere Diskursfähigkeit, Meinungsbildung oder schlichter über unsere Kommunikation aussagt.

Apropos Kommunikation: Ohne dass es bisher viel mehr als den Ansatz einer öffentlichen Debatte – anders als übrigens in den frühen 1980er Jahren – gegeben hat, platzte am Rande des NATO Gipfels im Juli 2024 die Ankündigung heraus, dass 2026 in Deutschland neue US-Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper stationiert werden sollen. Schon mal gehört? Es handelt sich dabei leider um mehr als ein Déjà-vu, das nur diejenigen von uns verstehen, die 50 Jahre und länger auf dieser Welt sind... also einige von Ihnen in diesem Saal. Mehr dazu deshalb später.

Ende der Vorreden.

Mein Vortrag gliedert sich in zwei Teile:

1. Die historische „Doppelveranlagung“ des Pazifismus
2. Die aktuellen Kriege und die Dilemmata des Friedenmachens

1. Warum geht es beim Pazifismus und der Debatte darüber?

Erlauben Sie der Historikerin einen kurzen Exkurs:

Der moderne internationale Pazifismus entstand im 19. Jahrhundert als Weltanschauung und Bewegung mit verschiedenen auch nationalen Ausprägungen, die den Krieg als Mittel der Politik ablehnen. Es ging und geht den Pazifist*innen, wie Jürgen Habermas angesichts des Irak-Krieges 2004 schrieb, „um das große Kantische Projekt der Abschaffung des Naturzustandes (Krieg, d.V.) zwischen den Staaten“.²

Der deutsche Pazifismus speiste sich, seit er vor circa 120 Jahren als Gegenentwurf zum nationalistisch geprägten Militarismus in Europa Gestalt gewann, vor allem aus zwei Quellen:

Erstens aus der moralischen Empörung und ethischen Überzeugung, dass Kriegführung das Schlimmste sei, was Menschen Menschen antun können.

Und zweitens, und nicht weniger bedeutsam, aus den wachsenden wissenschaftlichen Erkenntnissen über die zwischenstaatlichen und innergesellschaftlichen Ursachen von Gewaltkonflikten sowie über die verheerenden Wirkungen nahezu aller Waffen(technologien), insbesondere seit 1945 der Atomwaffen.

Dieser von mir als „Doppelveranlagung“ bezeichnete Charakter des Pazifismus, aus Ethos und Wissenschaftlichkeit, war mit unterschiedlichen Akzenten schon in den bürgerlichen Diskursen des frühen 20. Jahrhunderts präsent – und von Beginn an nicht ohne Ambivalenzen und innere Kontroversen.³ Man denke an Bertha von Suttner, Alfred Hermann Fried oder Ludwig Quidde, die bürgerlichen Mütter und Väter des deutschen Pazifismus, die trefflich nicht nur über die Frage der Wissenschaftlichkeit des Pazifismus stritten. Interessant im deutschen Kontext ist darüber hinaus das Hineinwachsen des Pazifismus aus den bürgerlich-akademischen Kreisen in die Arbeiterbewegung, also die Tatsache, dass die Sozialdemokratie bis

2 Jürgen Habermas, *Der gesplittene Westen*, Frankfurt/M. 2004

3 Vgl. u.a. Karl Holl, *Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988

kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges mehrheitlich antimilitaristische, also sogar über den Pazifismus hinausgehende Positionen vertrat. Das Einschwören auf einen nationalistisch-imperialen „Burgfrieden“ durch den deutschen Kaiser führte dann aber 1914 zu der bekannten fast einhelligen Kehrtwende und Unterstützung der SPD für die Bewilligung der Kriegskredite.

In den 1920er Jahren radikalisierte sich der Pazifismus, zerfiel u.a. in sog. „gesinnungsethische“ oder „revolutionäre“ Strömungen: An der Kriegsschuldebatte nach dem Ersten Weltkrieg oder der Frage, ob die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft die letzte Voraussetzung für eine internationale Friedensordnung wäre, vor allem aber schließlich daran, wie dem aufkommenden Nationalsozialismus von innen und außen zu begegnen sei, schieden sich die Geister auch vieler deutscher Pazifist*innen wie z.B. Kurt Hiller, Kurt Tucholsky oder Carl von Ossietzky.

Begleitet von der Gründung der Vereinten Nationen und der Etablierung des neuen Völkerrechts wurde nach 1945 der sog. Nuklearpazifismus, verbunden mit Namen wie Albert Einstein, Carl Friedrich von Weizsäcker oder Werner Heisenberg, als radikale, aber zugleich wissenschaftlich rationale Begründung auch für den deutschen Pazifismus prägend. Ohne die fundierten Warnungen in der Erklärung der „Göttinger 18“- Professoren von 1957 und die scharfen Proteste der Anti-Atomtod-Bewegung auf der Straße wäre die Bundeswehr vermutlich heute mit Atomraketen ausgestattet.

Zu Beginn der 1980er Jahre kam es erneut zu einem Zusammenspiel von wissenschaftlicher „Gegenexpertise“ (von Medizinern, Naturwissenschaftlern und anderen akademischen Disziplinen) über die Dimensionen und Folgen eines Atomkrieges und einer bis dato ungekannten öffentlichen Mobilisierung und moralischen „Ent-Rüstung“: Es entstand die bisher größte außerparlamentarische Bewegung der Bundesrepublik – gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa. Und das führte zu einer messbaren Politikrelevanz für den Pazifismus: In der Folge kam der sozialdemokratische Kanzler Helmut

Schmidt, der den Nato-Doppelbeschluss von 1979 maßgeblich mitverantwortet hatte, zu Fall, und wurde sein Vorgänger Willy Brandt ein Hauptredner auf der Großdemonstration der Friedensbewegung im Bonner Hofgarten 1983. Tief gespalten an der Frage des Einsatzes von Militär und des richtigen Weges zum Frieden ging die SPD in die Opposition. Mit den Grünen zog eine Partei in den Bundestag ein, die dies wesentlich ihren pazifistischen Wurzeln verdankte. So erlangte dieser hier als rational bezeichnete Pazifismus zeitweise in Deutschland eine gewisse politische Deutungshoheit und beförderte – wesentlich über die internationalen *Pugwash Conferences on Science and World Affairs* – zwischen den Hauptkontrahenten des Ost-West-Konfliktes ein Klima, in dem 1987 Ronald Reagan und Michail Gorbatschow mit dem INF-Vertrag das erste Abkommen über die Vernichtung einer gesamten Waffenkategorie atomarer Rüstung (sog. „Doppel-Nulllösung“: 500-5500km Raketenreichweite, landgestützte Systeme) unterzeichneten – ein kleiner Abschied von der bis dahin dominanten Strategie der Abschreckung.

Pazifistische Kernanliegen wie die Beilegung von Gewaltkonflikten durch Vermittlung, Verhandlungen und Vereinbarungen sowie die Absage an militärische Drohung und Waffeneinsatz kamen somit am Ende des Kalten Krieges in einem kurz geöffneten Fenster der Geschichte paradigmatisch zum Vorschein – sie blieben jedoch, wie wir seit mehreren Jahren erleben müssen, ein auch vom Westen uneingelöster Gutschein auf die Schaffung einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung.⁴

Trotz dieser bemerkenswerten zivilgesellschaftlichen Impulse in Richtung Friedenssicherung blieb der Pazifismus – das mag paradox klingen – als Teil staatlicher Identität der Bundesrepublik eher blass und unbestimmt, und wurde nach 1989/90 zunehmend ambivalent. „Friedensmacht“ zu sein, war zwar expliziter

⁴ Vgl. u.a. Günter Verheugen, Petra Erler: *Der lange Weg zum Krieg. Russland, die Ukraine und der Westen: Eskalation statt Entspannung*, München 2024; s. auch Andreas Heinemann-Grüder et al.: *Osteuropa zwischen Mauerfall und Ukraine-Krieg. Besichtigung einer Epoche*, Berlin 2022

Anspruch und staatliche Selbstdeutung Bonner Außenpolitik im Rahmen der nun zügig Richtung Osteuropa wachsenden Europäischen Union. Und die sog. „militärische Zurückhaltung“ war aus Weltkriegsschuld und neuer Westbindung das jahrzehntelang gültige Mantra westdeutscher Friedens- und Sicherheitspolitik gewesen. Das war aber eine Außenpolitik, die sich selbst explizit nicht als pazifistisch verstand (ebenso wenig übrigens wie die Außenpolitik des anderen deutschen Staates, dessen sicherheitspolitisches Motto lautete „Der Frieden muss bewaffnet sein“). Konrad Adenauer war sicher kein Pazifist, aber auch Willy Brandt hätte sich selbst nicht als solchen bezeichnet – und auch keine*r seiner Nachfolger*innen von Helmut Schmidt bis Angela Merkel. Die Gründung der Friedens- und Konfliktforschung unter Bundespräsident Gustav Heinemann war schon 1969/70 vor allem als wissenschaftliche Begleitung der Politik, insbesondere der neuen Ost- und Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition, gedacht. Und eben auch kein Akt des Pazifismus.

Kurz gesagt: Staatsräson ist der Pazifismus in Deutschland nie geworden. Und das wäre vielleicht auch im internationalen Vergleich eine unrealistische Erwartung (Costa Rica ist der weltweit einzige Staat, wo die Verfassung das Militär seit 1949 verbietet). Aber staatliche Politik einer aktiven Friedensorientierung ließe sich auch ohne das Label oder Bekenntnis zum Pazifismus machen. So legte das Auswärtige Amt (AA) z.B. zwischen 2016 und 2021 einen öffentlichen Blog mit dem Namen *PeaceLab* auf, der den Diskurs mit Aktivisten und der Academia fördern sollte. Etwas mehr als ein Feigenblatt war es schon, und steht auch nach seiner Beendigung seit der Ampelregierung noch immer im Netz: <https://peacelab.blog/> .

Zu den friedenswissenschaftlichen Erträgen der Konfliktforschung, die damals auch in Teilen unserer Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik wahrgenommen wurde, gehört diese zentrale Erkenntnis: Militärisches Eingreifen, sei es durch Truppenentsendungen oder durch Waffenlieferungen, auch wenn dies in vorgeblich

„stabilisierender“ oder „abschreckender“ Absicht geschah, hat in fast allen Fällen der letzten beiden Jahrzehnte eher eskalierend und nicht sicherheitsbildend oder friedensförderlich gewirkt. Militär und Rüstung enthalten eben – gewollt oder ungewollt – *per se* das Potenzial einer innengesteuerten Gewalt- und Eskalationsdynamik, einen gewissen „Autismus“, wie einer der Väter der deutschen Friedensforschung, Dieter Senghaas, schon in den 1970er Jahren entwickelt hat. Der sog. „vernetzte Ansatz“, der seit einigen Jahren als Leitgedanke deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zivile und militärische Ziele wie Staatsaufbau und Terrorbekämpfung z.B. verbinden soll, steht heute wegen solcher kontraproduktiven Erfahrungen mindestens auf dem Prüfstand, wenn nicht zur Disposition. Die zur Zeit stattfindende Evaluierung der Afghanistan-Mission beispielsweise oder auch die Rückzugsgründe der Bundeswehr aus Mali zeugen aktuell in beredter Weise von einer solchen im Sinne von Friedensförderung verfehlten Sicherheitspolitik. Die bisher relativ restriktiven deutschen Rüstungsexportrichtlinien (keine Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete), die (nicht erst) im Zuge der Ukraine-Unterstützung immer weiter aufgeweicht werden, haben hier eine widerspruchsvolle Grundlage.

Die Differenz zwischen einem traditionell pazifistisch geprägten Grundkonsens in der deutschen Gesellschaft und einem oft ambivalenten Umgang mit Friedensförderung in der staatlichen Politik muss zwar nicht unbedingt negativ sein; sie eröffnet prinzipiell in der Demokratie diskursive Spielräume eines sachlichen Pro und Contra. Besorgniserregend wird es aber, wenn wie seit Beginn des Ukraine-Krieges die Dominanz militärischen Handelns friedenslogische und -strategische Alternativen verdrängt, ausblendet oder sogar als naiv oder feindgesteuert diskreditiert. Ein streitbarer aber gleichberechtigter Diskurs über die Dynamiken militärischen Handelns und die Wege zum Frieden findet gegenwärtig in Deutschland fast nicht statt. Davon zeugen die verfehlte Alternative Waffen oder Verhandeln in der Ukraine, die vom Antisemitismus-Mantra überlagerte Diskussion zum Gaza-Krieg, und das

erleben wir nun erneut angesichts der für 2026 avisierten Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen auf deutschem Territorium.

Ich komme zum zweiten Teil meines Vortrages:

2. Die aktuellen Kriege und die Dilemmata des Friedenmachens

Nach dem 24. Februar 2022 war immer wieder hören, wir gerieten in einen neuen Kalten Krieg – und das obwohl es ja zweifelsfrei ein heißer Krieg war und ist, den Putin in der Ukraine angezettelt hat.

Wegen der Ähnlichkeiten aber auch wegen der Unterschiede bietet sich ein Vergleich mit einigen Momenten des Kalten Krieges indes an. Geschichte wiederholt sich nicht und Blaupausen für gegenwärtiges Handeln sind auch nicht das, was ich Ihnen vorstellen möchte. Aber die historische Friedensforschung, der ich mich besonders verbunden fühle, verfügt über ein reiches Kenntnisreservoir an Konfliktkonstellationen, -ursachen und -lösungsansätzen, die vergleichende Analysen nahelegen ohne falschen Analogien das Wort zu reden.⁵

Ohne Zweifel ist die heutige Kriegssituation in der Ukraine, die blutigste in Europa seit dem Ende des 2. Weltkrieges, aus dem Kalten Krieg und seinem (nur halbfriedlichen) Ende 1989/90 hervorgegangen. Der Ukrainekrieg trägt insofern fast naturgemäß mentale und materielle Prägungen der Akteure aus jener Zeit vor mehr als dreißig Jahren.

Was war ähnlich, was ist anders heute als während des Ost-West-Konfliktes?

Während der gesamten zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts galt der als Kalter Krieg bezeichnete Ost-West-Konflikt als der bis dato welthistorisch am höchsten gerüstete globale Konflikt um politische Macht, regionale Herrschaft und Ressourcen sowie

⁵ Vgl. u.a. Jörn Leonhard, *Über Kriege und wie man sie beendet*, München 2023

gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen – er ging einher mit einem Overkill an ideologischer und militärischer Verfeindung. Die Sowjetunion mit dem Warschauer Pakt und die USA mit der NATO standen sich unversöhnlich waffenstarr gegenüber: mit der Kapazität einer *Mutually Assured Destruction* (gegenseitig versicherten Zerstörungskapazität) – MAD !, die der Abschreckung dienen sollte.

Zu dem großen Krieg zwischen diesen beiden Hauptakteuren kam es nicht, in Kuba im Oktober 1962 hätte er allerdings fast begonnen, wenn nicht Kennedy und Chruschtschow der Rationalität des Überlebensinteresses den Vorrang vor der MADness gegeben hätten. Aber zehntausende Soldaten und Millionen Zivilisten (allein in Vietnam zwischen 1.5 und 3 Millionen) verloren zwischen 1950 und 1989 in zahllosen größeren und kleineren Stellvertreterkriegen (mit und ohne direkte Beteiligung der Hauptkontrahenten) von Korea nach Vietnam, über den Mittleren und Nahen Osten auf den Afrikanischen Kontinent (Angola, Mozambique u.a.) und bis nach Mittelamerika ihr Leben.⁶ Ein Wunder eigentlich, dass dieser große Militärkonflikt am Ende 1989 ohne weitere Tote implodierte. Die Sehnsucht, „Schwerter zu Pflugscharen“ zu konvertieren, prominent artikuliert an der deutschen Nahtstelle des Ost-West-Konfliktes, mag daran nicht ganz unbeteiligt gewesen sein. Übrig blieb schließlich ein Siegfrieden des Westens, inklusive des Exports des kapitalistischen Wirtschaftsmodells nach Osten, mit dessen Ergebnissen wir es heute auch zu tun haben.

Strukturell vergleichbar mit den Dekaden des Kalten Krieges erscheint mir inzwischen das wieder schnell anwachsende Ausmaß einer globalen Verfeindung (im AA euphemistisch als „systemische Rivalität“ bezeichnet) und die damit verbundene neue Runde des Aufrüstens, ideologisch und militärisch, die bei genauerem Hinsehen seit nahezu zehn Jahren in Gange sind.⁷ Neu aber ist die Konstellation:

6 Vgl. Bernd Greiner et.al., *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, Hamburg 2006 (die erste von sechs in der *Hamburger Edition* zwischen 2006 und 2013 erschienenen Studien zum Kalten Krieg)

7 Vgl. die Datenbanken von SIPRI (<https://www.sipri.org/databases>) und des Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc) (<https://www.bicc.de/Publications/Report/Global-Militarisation-Index-2022/pt/13566>)

Dem Club der Großen (Feinde bzw. „Systemrivalen“) ist China beigetreten; der US-geprägte unipolare Moment von 1990 ist unwiederbringlich vorbei (wie John mit der Invasion der Ukraine Mearsheimer und andere Vertreter der sog. Realistischen Schule analysieren). An die Stelle tritt zusehends eine multipolare Struktur regionaler Machtzentren, zu denen auch die EU zählt. Putin bringt Russland gegen alle Kränkungen des verlorenen Kalten Krieges martialisch zurück auf die Weltbühne – ein Prozess, der länger in Gang ist als Februar 2022, der nun aber mit der Invasion der Ukraine in einen offenen Völkerrechtsbruch gemündet ist: ein Stellvertreterkrieg im Schatten einer neuen weltweiten Konfrontation mit dem „Westen“. Dieser Doppelcharakter macht den Ukraine-Krieg so komplex und schwierig in seiner Ursachenanalyse und Beurteilung ebenso wie für die Wege seiner möglichen Beendigung.

Die neue globale Konstellation ist auch dadurch belastet, dass die westlichen Staaten unter Führung der USA seit 1990 im Zuge ihres unipolaren Moments mehrfach das Völkerrecht verletzt und Militäreinsätze im Namen von Demokratieaufbau und Menschenrechtsschutz (*Responsibility to Protect*, R2P) durchgeführt haben (1999 Kosovo, 2001 Afghanistan, 2003 Irak...). Der *war on terror* im Gefolge des 11. Septembers 2001 nahm verschiedene Formen an; im Namen westlicher Werte wurden neue Feindbilder und Überlegenheitsphantasien produziert, gegenüber dem Islam und den alten Verlierern des Kalten Krieges: Die militärischen Interventionen als NATO oder in „Bündnissen der Willigen“ hinterließen nicht nur viele menschliche Opfer, sondern begründen ein Glaubwürdigkeitsproblem, das heute bei vielen Staaten des sog. Globalen Südens ihre zumindest ambivalente Haltung zum Ukraine-Krieg mit prägt. Wir müssen uns fragen: Trägt der beschworene Gegensatz zwischen Demokratien und Autokratien hinreichend, um die aktuellen globalen Kontroversen um politische und ökonomische Herrschaft abzubilden? Hilft er bei der Identifizierung gemeinsamer Interessen an einem sozial gerechtem und ökologisch

vertretbaren Zusammenleben auf dem Globus? Interessenpolitik sollte nicht hinter Werteorientierung versteckt werden.

Moralische Doppelstandards sind jedenfalls nicht hilfreich, wenn es um die Suche nach einem Ende kriegerischer Gewalt und ans Friedenmachen geht. Vor einfachen Gut-oder-Böse-Zuweisungen ist deshalb ausdrücklich zu warnen. Auch wenn Putins aggressive Kriegführung in jeder Hinsicht zu verurteilen ist, für einen Ausstieg aus diesem Krieg werden wir weniger Schwarz und Weiß und mehr Grautöne brauchen; Frieden geht nicht ohne Kompromisse. Das hat weniger etwas mit Pazifismus zu tun als mit der Anerkennung widersprüchlicher und mehrdeutiger Realitäten („*constructive ambiguities*“).

Fakt ist aber, und das ist vielleicht der wesentliche Unterschied zum alten Kalten Krieg: Es gibt gegenwärtig ein erklärtes Interesse an Kriegführung, das gilt für Putin, aber auch für Netanyahu! Und es gibt demgegenüber einen eklatanten Verlust des Verständnisses, dass Sicherheit letztlich nur gemeinsam und nicht gegeneinander zu haben ist. Diese Erkenntnis hatte sich im letzten Drittel des Ost-West-Konfliktes ab den 1970er Jahren im Zuge der Entspannungspolitik Willy Brandts und in den Verträgen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) Bahn gebrochen. Der eigentlich große Vorrat gemeinsamer Interessen der Staaten und Gesellschaften am Erhalt des Planeten, reflektiert u.a. in den *Sustainable Development Goals* (SDGs) der UN, scheint aber gegenwärtig trotz und gegen die Pandemie-Erfahrungen und die Klimakrise eher durch nationalistische Machtbestrebungen und Militarismus vernebelt zu werden.

Das heißt: Wir erleben eine Welt, die heute aus verschiedenen Gründen unsicherer ist als am Ende des 20. Jahrhunderts.

Rechtfertigen aber diese Veränderungen einen Verzicht auf die Erfahrungen der Deeskalation und Verständigung, die es trotz (und wegen) großer Verfeindung auch im Kalten Krieg gab? Brauchen wir einen neuen Umgang mit Militär? Eine

Rehabilitierung von Abschreckung und damit Beteiligung an Aufrüstung im großen Stil? Ist das die „Zeitenwende“?

Was, wenn der INF Vertrag von 1987, der seit den 2000er Jahren schrittweise und parallel durch Putin und die US-Führung in Frage gestellt und seit 2019 von Trump gekündigt ist (und deshalb 2026 die neuen Tomahawks zu uns bringen soll), durch die Abschreckung also den NATO- Doppelbeschluss von 1979 und seine Umsetzung zustande kam und nicht durch die große Friedensbewegung? Was aber, wenn beides richtig war und in aller Widersprüchlichkeit zum Wirken kam?

Auf der Habenseite gibt es seit dem Ende des Kalten Krieges eine Reihe erfolgreicher und weniger erfolgreicher Friedensschlüsse bzw. Konfliktbeilegungen vor allem im Bereich der innergesellschaftlichen Gewaltkonflikte, der sog. Bürgerkriege – ich denke an Nordirland, Zypern, Kolumbien, Südafrika, Bosnien-Herzegowina u.a. , aus denen u.U. auch für die zwischenstaatliche Ebene zu lernen wäre.

In den meisten dieser Konflikte ging und geht es um die drei großen Dilemmata, die bei dem Versuch, Krieg und Gewalt zu beenden und Frieden zu machen, auftreten:

1. Militärische Gewaltanwendung verhindert zivile Kommunikation. Aber selbst terroristische Gewalt kann Kommunikationsimpulse beinhalten.⁸

Man muss die Gegenseite hören können und wollen. Ohne Inklusion auch der vermeintlichen oder realen Bösewichter am Verhandlungstisch gibt es keinen Frieden!

2. Das Problem der Asymmetrie der Konfliktparteien: Die meist vorhandene Ungleichheit der Gegner erschwert die Augenhöhe, die man beim Verhandeln braucht. Glaubwürdige Vermittlung durch beidseitig akzeptierte Drittparteien kann dabei helfen!

⁸ Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, München 2001

3. Ohne Gerechtigkeit kein Frieden? Was gerecht ist, ist das in jedem Konflikt am meisten umstrittene Gut und am schwersten, oft nur in jahrelangem Ringen, zu klären. Deshalb müssen oft Übergangsangebote (*transitional justice*) und zeitliche Sequenzen gefunden, Erwartungen an einen „positiven Frieden“ (Johan Galtung) zurückgestellt werden. Deeskalationsschritte zur Verringerung von Gewalt können Opfer-Täter-Verhältnisse zunächst ungeklärt lassen.

Diese drei Dilemmata können hier nur kurz umrissen werden.

Am Beispiel des Nordirlandkonfliktes (30 Jahre Bürgerkrieg, über 3000 Tote), der 1998 in das mühsam verhandelte Belfastener Friedensabkommen mündete, lässt sich aber sagen: Der Weg führte von der Einsicht beider Seiten in die Erschöpfung und militärische Unlösbarkeit über die Anerkennung der politischen Führung der IRA (Dilemma 1) bis zu dem von den USA vermittelten komplexen *Deal* Waffenabrüstung gegen Demokratie (Dilemma 2), und ist bis heute noch zuweilen ein umkämpfter Kalter Frieden (Dilemma 3).

Versuche, einigen vergleichbaren Mustern folgend Lehren aus Nordirland z.B. für den israelisch-palästinensischen Konflikt zu ziehen, scheinen heute an der grausamen kriegerischen Realität in Gaza zu zerschellen.⁹

Folgt man dem aktuellen politikwissenschaftlichen Diskurs über mögliche Szenarien zum Ende des Ukraine-Krieges, wird deutlich: Es gibt einige je nach Standort als realistisch betrachtete Alternativen, die von weitgehender Besetzung durch Russland, über den Behalt der jetzt russisch besetzten östlichen Regionen bis zur Rückgewinnung der Grenzen von 2014 reichen.¹⁰ Aber über die wesentlichere Frage, ob und wie ein Stop der Kampfhandlungen erreicht werden kann, ohne bzw. vor der

9 Vgl. Corinna Hauswedell, Margret Johannsen, Paul Nolan (Eds.): *Demilitarizing Conflicts. Learning Lessons in Northern Ireland, Palestine and Israel*. Loccumer Protokolle 64/08, Rehburg-Loccum 2009.

10 Wolfgang Zellner, *Zwischen Sieg und Diktatfrieden. Wie endet der Ukrainekrieg?* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2024, S.71-80

völligen militärischen Erschöpfung einer oder beider Parteien, und wie Diplomatie aussehen kann, die diesen Prozess befördern könnte, gibt es nach wie vor zu wenige kreative Gedanken in der Öffentlichkeit. International koordinierte Bemühungen gibt es auch nach dem Schweizer Schaulaufen auf dem Bürgenstock im Juni 2024 nicht. Der Vorschlag – wegen der oben entwickelten komplexen Struktur des Krieges (regionale und globale Dimension) – zunächst über die Bildung einer Kontaktgruppe nachzudenken, verdient Aufmerksamkeit: „Eine Kontaktgruppe ist kein Allheilmittel und wird auch nicht in wenigen Monaten Frieden schaffen. Sie kann aber die relevanten internationalen Akteure koordinieren, gemeinsame Positionen zwischen den Friedensplänen herausarbeiten und die Konfliktparteien gemeinsam adressieren. Dabei arbeitet sie nach unverbindlichen Regeln und dient allein dem Zweck der Koordinierung, Kooperation und Kohäsion in der jeweiligen Konfliktsituation. Gleichzeitig machen internationale Kontaktgruppen die Dringlichkeit des Konflikts bewusst. Sie können gerade in Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen die interessierten Großmächte an einen Tisch bringen und damit allein schon eine deeskalatorische Wirkung entfalten.“¹¹

Es geht in der Tat – auch ohne ein pazifistisches Programm – um die Frage, wie wir aus der mentalen und materiellen Zerrüttung, die der Krieg, der desaströse Einsatz des Militärs an allen Schauplätzen, verursacht, herauskommen können – im Interesse der Menschen. Jede Vorstufe eines Dialoges und jede Schaffung einer Struktur, die diesem Ziel dienen, sind dafür willkommen.

Zurück also zu Moral und Wissenschaft, der Doppelveranlagung des Pazifismus : Das moralische Gebot, das Töten sofort zu beenden muss im öffentlichen Diskurs um Ukraine und Gaza eine deutlich größere Rolle spielen und die Fakten über eine kontraproduktive, weil eskalatorische Dynamik durch mehr und mehr Militär können den Vorwurf pazifistischer Naivität entkräften helfen.

11 Christos Katsioulis, Walter Kemp, Mut zum Lückeschließen, in: IPG Newsletter vom 5.8.2024